

# Die Industrietransformation bei der G7 beschleunigen

## Empfehlungen für die deutsche G7-Präsidentschaft

Policy Brief

17. Januar 2022

Leon Martini

Benjamin Görlach

Camilla Bausch

### Zentrale Aussagen

- 1 Die Transformation der Industrie und die Dekarbonisierung energieintensiver Sektoren sind entscheidend für die Erreichung der Klimaneutralität.** Angesichts langer Investitionszyklen und des immensen Reinvestitionsbedarfs müssen bereits in den 2020er Jahren Transformationsmaßnahmen umgesetzt werden; diese erfordern international Koordination.
- 2 Als Industriemächte und wichtige Weltmärkte haben die G7-Staaten eine Vorreiterrolle bei der Dekarbonisierung der Industrie weltweit.** Die britische Präsidentschaft hat 2021 wichtige Grundlagen geschaffen. Die deutsche Präsidentschaft sollte die Bemühungen fortsetzen und u.a. den vorgeschlagenen Koordinierungsausschuss für die G7-Agenda zur Dekarbonisierung der Industrie einzurichten.
- 3 Die G7-Staaten sollten grüne industriepolitische Maßnahmen koordinieren** und sich darauf konzentrieren, 1) internationale Standards für die Messung und Zertifizierung der Emissionsbilanz von Produkten zu verbreiten, 2) die Nachfrage nach grünen Industrieprodukten durch öffentliche Beschaffung zu steigern und 3) grüne Leitmärkte zu schaffen.
- 4 Die Anstrengungen für eine industrielle Transformation sollten über die G7 hinausgehen.** Alle Initiativen müssen auf multilaterale Prozesse abgestimmt sein. Die G7-Mitglieder müssen die industrielle Transformation auch außerhalb der G7 durch Entwicklungshilfe, strategische Partnerschaften und Handelsdiplomatie unterstützen.

## Die G7-Staaten sollten die Transformation der Industrie in Angriff nehmen<sup>1</sup>

**Die Dekarbonisierung des Industriesektors ist für die Erreichung der Klimaneutralität der G7 und weiterer Länder entscheidend.** Die Industrie ist für etwa 24 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit und etwa 27 % des globalen Endenergieverbrauchs verantwortlich. Allein auf den Stahl- und den Zementsektor entfallen etwa 12 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen.<sup>2</sup> In den letzten Jahren sind die Emissionen nur geringfügig gesunken, und zwar hauptsächlich außerhalb der energieintensiven Sektoren. Zur Erreichung der Klimaneutralität gehört notwendigerweise eine schnelle Dekarbonisierung der Industrie. Schätzungen zufolge sind für 30-50 % aller Anlagen in den Sektoren Stahl, Zement und Chemie bis 2030 umfangreiche Reinvestitionen erforderlich.<sup>3</sup> Angesichts der langen Investitionszyklen muss die Transformation der Industrie in der ersten Hälfte der 2020er Jahre beschleunigt werden: In den kommenden Jahren getätigte Investitionen müssen bis zur Mitte des Jahrhunderts oder früher mit der Klimaneutralität vereinbar sein. Ansonsten enden sie möglicherweise als „stranded Assets“.

**Die Dekarbonisierung der Industrie erfordert mutige Maßnahmen an allen Fronten: Förderung der Innovation und Kommerzialisierung CO<sub>2</sub>-armer Technologien, Erhöhung der Energieeffizienz und schrittweise Abschaffung von klimachädlichen Produktionsverfahren**

**und Produkten.** Es geht nicht nur um die Umstellung von emissionsintensiven auf emissionsarme Brennstoffe, sondern auch um die Umgestaltung von Wertschöpfungsketten und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Der Erfolg der Transformation hängt auch davon ab, dass nachhaltige Substitute für Materialien mit hoher CO<sub>2</sub>-Intensität gefunden werden und der Gesamtdurchsatz von Ressourcen durch Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft verringert wird.

**Die G7-Staaten spielen eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und globalen Verbreitung klimafreundlicher Technologien.** Sie gehören mit 45 % des weltweiten BIP und 35 % der weltweiten industriellen Bruttowertschöpfung bei nur 10 % der Weltbevölkerung zu den am weitesten entwickelten Industrienationen. Aufgrund der Größe ihrer Märkte und ihres erheblichen Anteils an der weltweiten Industrieproduktion können Maßnahmen der G7 beträchtliche Wirkungen in der Weltwirtschaft entfalten. So kann z.B. von den G7-Staaten eine weltweite Verbreitung von Regulierungsstandards und Technologien ausgehen.

Transformative Veränderungen in der Industrie erfordern Industriepolitik, d.h. gezielte Anstrengungen zum Aufbau spezifischer Industrien für eine klimaneutrale Wirtschaft.<sup>4</sup> Der Staat hat die wichtigen Aufgaben rechtliche Rahmenbedingungen, Leitmärkte für klimafreundliche Technologien und Anreize für transformative Investitionen zu schaffen und einen Teil des Risikos zu übernehmen. Eine intelligente grüne Industriepolitik kann die Bildung wirtschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse fördern, die den Klimaschutz unterstützen, und zu positiven Pfadabhängigkeiten

<sup>1</sup> Die Vorschläge zum Grenzausgleich und zum Klimaclub hängen zwar eng mit der Industrie-Transformation zusammen, werden jedoch im vorliegenden Papier nicht behandelt. Siehe dazu: Martini, Leon Jonah, and Benjamin Görlach. "What Role for a Climate Club under the German G7 Presidency?" (2022), <https://www.ecologic.eu/de/18528>.

<sup>2</sup> Einschließlich Prozessemissionen. IEA, „Tracking Industry 2020“ (2020),

<https://www.iea.org/reports/tracking-industry-2020>.

<sup>3</sup> Agora Energiewende und Wuppertal Institut, „Breakthrough Strategies for Climate-Neutral Industry in Europe“ (2021).

<sup>4</sup> Bentley Allan, Joanna I. Lewis und Thomas Oatley, „Green Industrial Policy and the Global Transformation of Climate Politics“, *Global Environmental Politics* 21, Nr. 4 (2021): 1–19, [https://doi.org/10.1162/glep\\_a\\_00640](https://doi.org/10.1162/glep_a_00640).

führen, die langfristig Klimaschutzmaßnahmen stärken. Der aktive Aufbau grüner Industriesektoren schafft zudem Arbeitsplätze und sichert die Lebensgrundlage von Arbeitnehmern in der klimaneutralen Wirtschaft der Zukunft.

**Industriepolitik kann allen Ländern nutzen, wenn sie auf protektionistische Reflexe verzichtet.** Klimafreundliche Technologien werden mit ihrer Verbreitung günstiger und gelangen zu Marktreife. Die weltweite Verbreitung sauberer Technologien und die Verdrängung herkömmlicher, auf fossilen Brennstoffen beruhender Prozesse kommen letztendlich allen zugute. Die Erfahrung bei der Entwicklung und Kommerzialisierung sauberer Technologien wie Wind- und Solartechnik zeigt, dass die Zusammenarbeit von Unternehmen aus verschiedenen Ländern mit ihren jeweiligen Spezialisierungen und nationalen institutionellen Vorteilen die Innovationskraft stärkt.<sup>5</sup>

**Angesichts der Globalisierung von Produktion und Konsum ist internationale Zusammenarbeit beim industriellen Wandel von entscheidender Bedeutung.** Kooperation und Koordinierung im Bereich der grünen Industriepolitik liegt im Interesse aller. Anstatt die Dekarbonisierung durch Handelsstreitigkeiten zu gefährden,<sup>6</sup> sollte sich die G7 darauf konzentrieren, Rahmenbedingungen für effektive Zusammenarbeit zu schaffen und sich über Mittel und Ziele einer grünen Industriepolitik abstimmen.

## Prioritäten für die deutsche Präsidentschaft

### 1. Zusagen in Maßnahmen umsetzen

**Die britische Präsidentschaft hat wichtige Voraussetzungen für ein gemeinsames Angehen der Industrietransformation geschaffen. Die deutsche Präsidentschaft sollte diesen Weg fortsetzen und schriftliche Zusagen in greifbare Maßnahmen umsetzen.** In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Carbis Bay 2021 bezeichneten die G7-Staats- und Regierungschefs die Transformation der Industrie zum ersten Mal ausdrücklich als eine Notwendigkeit und bekundeten ihre Absicht, „Maßnahmen für die Dekarbonisierung von Sektoren wie Eisen und Stahl, Zement, Chemie und Petrochemie zu ergreifen, um Netto-Null-Emissionen in der gesamten Wirtschaft zu erreichen“.<sup>7</sup> Dafür verpflichteten sich die G7-Mitglieder 2021, die gemeinsam von Großbritannien und den USA vorgeschlagene G7-Agenda für Dekarbonisierung der Industrie (IDA) auf den Weg zu bringen, die die bestehenden Initiativen zur Dekarbonisierung „ergänzen, unterstützen und in ihren Ambitionen stärken“ soll. Im Sondierungsdokument der britischen Präsidentschaft zur IDA sind einige gemeinsame Arbeitsbereiche aufgeführt wie (1) Marktregulierung, (2) Entwicklung von Standards für die Dekarbonisierung, (3) Investitions- und Beschaffungsstrategien und (4) gemeinsame Forschung.<sup>8</sup> Die deutsche Präsidentschaft sollte die Bemühungen fortsetzen und den vorgeschlagenen Koordinierungsausschuss für die G7-IDA

<sup>5</sup> Jonas Nahm, *Collaborative Advantage: Forging Green Industries in the New Global Economy*, Oxford University Press, 2021.

<sup>6</sup> Beispiele sind etwa die jüngsten Streitigkeiten zwischen Kanada und den USA über Steuergutschriften für Elektrofahrzeuge im Gesetzentwurf der USA „Build Back Better“, siehe Riley Beggin, „Canada Threatens to Impose Tariffs If EV Tax Credits Pass“, *The Detroit News*, 12. Oktober 2021,

<https://www.detroitnews.com/story/business/autos/2021/12/10/canada-threatens-tariffs-if-ev-tax-credits-pass/6468845001/>

<sup>7</sup> G7, „Carbis Bay G7 Summit Communiqué“, 13. Juli 2021, 15.

<sup>8</sup> Ibid. 15, Entsprechende Arbeitsgruppen sollen von einem Koordinierungsausschuss eingerichtet und überwacht werden. Bisher liegen keine Informationen über die Einrichtung dieses Ausschusses vor.

zünftig etablieren, um die Arbeitsbereiche zu institutionalisieren.

2021 hat die G7 eine allgemeine Einigung darüber erzielt, welche Arbeitsbereiche für die Koordinierung der Dekarbonisierung der Industrie vorrangig sind. In der Erklärung von Carbis Bay wird insbesondere herausgestrichen, welche Bedeutung „das öffentliche Beschaffungswesen, Normen und die Bemühungen der Industrie dabei haben, die Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten anzukurbeln und die Energie- und Ressourceneffizienz in der Industrie zu erhöhen“. Der deutsche Vorsitz sollte sich jetzt darauf konzentrieren, diese wichtigen politischen Signale in konkrete Vereinbarungen und Maßnahmen für Nachfrage, Angebot, Innovationen und Kommerzialisierung von saubereren Technologien umzusetzen. Dies sollte in enger Abstimmung mit bestehenden multilateralen Initiativen erfolgen, wie z. B. der Industrial Deep Decarbonization Initiative (IDDI)<sup>9</sup> des Clean Energy Ministerial (CEM), der Mission Innovation<sup>10</sup> oder der Leadership Group for Industry Transition (LeadIT).<sup>11</sup>

## 2. Die Verbreitung internationaler Standards voranbringen

Für die Dekarbonisierung der Industrie existieren zahlreiche Strategien – von Grenzausgleichsmechanismen bis hin zur Schaffung grüner Leitmärkte. Allen gemeinsam ist, dass sie auf zuverlässigen und transparenten Daten über die Lebenszyklusemissionen der gehandelten Produkte basieren. Für alle Maßnahmen ist es unerlässlich, zwischen Produkten aus klimafreundlicher und Produkten aus herkömmlicher Herstellung zu unterscheiden.

<sup>9</sup> <https://www.unido.org/IDDI>

<sup>10</sup> <http://mission-innovation.net/missions/net-zero-industries-mission/>

<sup>11</sup> <https://www.industrytransition.org/>

<sup>12</sup> Diese sollten ISO-Standards entsprechen, insbesondere ISO 14025 und ISO 14067.

<sup>13</sup> Die EU-Initiative für nachhaltige Produkte und die Ökodesign-Richtlinie bieten bereits einen rechtlichen Rahmen für die Festlegung solcher Anforderungen. Diese können sich zunächst auf

Verbraucher und Hersteller sind auf transparente, zuverlässige Daten über die CO<sub>2</sub>-Billanz unterschiedlicher Produkte angewiesen. Zwar existieren bereits internationale Normen (ISO 14025, 140040s und 14060s), jedoch werden sie für die erforderliche Transparenz nicht ausreichend breit und umfassend angewandt.

**Die G7 sollte sich daher auf folgende drei Aspekte konzentrieren:** Erstens sollten mehr Produkte ihre Emissionsintensität über Produktdeklaration auszeichnen.<sup>12</sup> Das können die G7-Regierungen erreichen, indem sie Anreize für freiwillige Kennzeichnungssysteme schaffen oder die Produktdeklarationen des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks bei Beschaffungen der öffentlichen Hand vorschreiben. Weitreichender wäre die Entwicklung obligatorischer Kennzeichnungssysteme und als letztendliches Ziel die Einführung von Product Carbon Requirements (PCRs), also von Grenzwerten für den mit einem Produkt verbundenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck.<sup>13</sup> Zweitens sollte die G7 die Vergleichbarkeit von CO<sub>2</sub>-Fußabdruck-Daten gemäß dem oben genannten Kennzeichnungssystem zu einem Schwerpunkt machen und sich für diesen Zweck für gemeinsame Überwachungs-, Berichts- und Überprüfungssysteme (MRV) einsetzen. Schließlich sollten die G7-Staaten die Entwicklung von Mess- und Zertifizierungsstandards für die mit komplexen Produkten verbundenen Emissionen durch die Internationale Organisation für Normung (ISO) vorantreiben und verbreiten.

Die G7 ist zwar kein Gremium für die Entwicklung von Normen, kann jedoch ihre Anwendung fördern und damit zu Transparenz, der mit Produkten und Handelsströmen verbundenen Emissionen beitragen.

die kohlenstoffintensive Grundstoffindustrie beziehen, sollten jedoch letztendlich auch Endprodukte berücksichtigen. Siehe Timo Gerres et al., „To Ban or Not to Ban Carbon-Intensive Materials: A Legal and Administrative Assessment of Product Carbon Requirements,” *Review of European, Comparative & International Environmental Law* 30, Nr. 2 (2021): 249–62, <https://doi.org/10.1111/reel.12395>.

Dadurch lassen sich auch ein Grenzausgleich und andere handelsbezogene Klimamaßnahmen besser auf die handelsrechtlichen Grundsätze der Nichtdiskriminierung abstimmen. Eine einheitliche Kennzeichnung und PCRs sind darüber hinaus wichtige Instrumente zur Schaffung von Nachfrage.<sup>14</sup> Außerdem können sie die Bildung von sektoralen Allianzen unterstützen, die allen Teilnehmenden offenstehen, die sich für dieselben PCRs entscheiden. Die gemeinsame Erklärung der EU und der USA zu Stahl und Aluminium vom 31. Oktober 2021 legt den Grundstein für offene Allianzen basierende auf derartigen gemeinsamen Standards.<sup>15</sup>

Außerdem **fehlt es an internationalen Normen für grünen Wasserstoff und seinen Derivaten**. Die G7 sollte anerkennen, dass Wasserstoff im Vergleich zur direkten Elektrifizierung zweitrangig ist und sein Einsatz sich auf „No-regret“-Anwendungen konzentrieren sollte. Gleichzeitig werden grüner Wasserstoff und seine Derivate eine entscheidende Rolle bei der Dekarbonisierung der Industrie spielen. Das ist jedoch nur dann mit Klimaneutralität vereinbar, wenn der Wasserstoff mit zusätzlichem erneuerbarem Strom erzeugt wird. Umso wichtiger sind internationale Standards für die Beurteilung der Nachhaltigkeit industrieller Brennstoffe. In diesem Bereich hat die G7 die wichtige Aufgabe, die schnelle Entwicklung internationaler Standards für die Messung der Lebenszyklusemissionen von Wasserstoff und die Entwicklung international anwendbarer MRV-Systeme voranzutreiben.

### 3. Nachfrage nach grünen Industrieprodukten wecken und steigern

#### Die G7-Länder sollten die Nachfrage nach grünen Industrieprodukten

**anregen**. Eine ausreichende Nachfrage ist entscheidend für die Verbreitung und Kommerzialisierung neuer Technologien und damit für deren Kostensenkung. Einer der wichtigsten Hebel, die für die Schaffung von Nachfrage zur Verfügung stehen, ist das öffentliche Beschaffungswesen. Die Koordination des öffentlichen Beschaffungswesens unter den G7-Staaten kann auf freiwilligen, bis 2025 erteilten Zusagen für einen **Mindestanteil an klimafreundlichen Produkten und Dienstleistungen bei Beschaffungen der öffentlichen Hand** und auf Mechanismen beruhen, die diese Verpflichtungen in der Folgezeit erhöhen. Folgend können die G7-Länder zu formelleren Beschaffungsalianzen übergehen, die Vereinbarungen über umfassendere Standards und Bedingungen für umweltfreundliche öffentliche Beschaffung schließen.

Angesichts seiner Kaufkraft ist das öffentliche Beschaffungswesen ein wirksamer Hebel für die Schaffung von Nachfrage. Dies gilt insbesondere für die G7-Länder, die zwischen 10 % und 16 % ihres BIP für allgemeine Beschaffung ausgeben. Auf öffentliche Bauprojekte für Infrastrukturen wie Straßen oder Gebäude entfällt ein beträchtlicher Anteil an den Grundstoffen, die im Mittelpunkt der Dekarbonisierung der Industrien stehen, insbesondere Stahl und Zement. Durch Mindestanforderungen an die Herstellungsprozesse oder Verpflichtungen bevorzugt klimafreundliche Produkte zu kaufen können Regierungen die Nachfrage nach emissionsarmen Industrieprodukten erhöhen. Deutschland hat sich bereits ebenso wie Kanada und das Vereinigte Königreich im Rahmen Industrial Deep Decarbonisation Initiative (IDDI) zum Kauf von Zement und Stahl mit niedriger

<sup>14</sup> CISL und Agora Energiewende, „Tomorrow's Markets Today: Scaling up Demand for Climate Neutral Basic Materials and Products“, CLG Europe, 2021.

<sup>15</sup> Bentley Allan und Todd Tucker, „The E.U.-U.S. Steel Deal Could Transform the Fight against

Climate Change,“ *Washington Post*, 31. Oktober 2021, <https://www.washingtonpost.com/politics/2021/10/31/eu-us-steel-deal-could-transform-fight-against-climate-change/>.

Emissionsintensität verpflichtet.<sup>16</sup> Die deutsche Präsidentschaft sollte die G7 nutzen, um alle Länder dazu zu bewegen, die IDDI-Initiative zu unterstützen und eine konkretere und formellere Koordinierung der Maßnahmen zur Schaffung von grüner Nachfrage voranzubringen.

Idealerweise sollten die Beschaffungsstrategien für Produkte aus allen Ländern offen sein. Voraussetzung ist, dass die Lebenszyklusemissionen der Produkte dokumentiert werden können. Die auf diese Weise entstehenden Anreize für ausländische Hersteller tragen zu einer schnelleren Verbreitung von sauberen Technologien bei. Einige G7-Staaten wie die USA machen in ihren Dekarbonisierungsstrategien stark von Lokalisierungsanforderungen (local content requirements) gebrauch. Die deutsche Präsidentschaft hingegen sollte Gespräche über die Öffnung des umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesens für alle Länder voranbringen, um größere Märkte für klimafreundliche Industrieprodukte zu schaffen.

Die G7-Länder sollten sich außerdem verstärkt für die Entwicklung und Erprobung innovativer Technologien einsetzen. Die Transformation der Industrie hängt von der Entwicklung, Weiterentwicklung und vom Einsatz innovativer Technologien ab, darunter Oxyfuel-Technologie zur Kohlenstoffabscheidung, wasserstoff-basierte Direktreduktion, chemisches Recycling und viele andere. Insbesondere die Demonstration und Einführung dieser Technologien sind dringend erforderlich. Es ist unwahrscheinlich, dass der Privatsektor allein Investitionen in der erforderlichen Höhe aufbringt.<sup>17</sup> In den letzten Jahren sind die F&E-Ausgaben weltweit und auch in den G7-Staaten stagniert oder – relativ betrachtet – gesunken. Dieser Trend muss umgekehrt werden, um die Entwicklung von bahnbrechenden Technologien schneller

voranzubringen. **Die G7-Staaten sollten sich daher auf eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Einsatz sauberer Technologien einigen.**

Die Koordinierung zwischen den G7-Staaten in den Bereichen umweltfreundliches öffentliches Beschaffungswesen, F&E und ordnungspolitische Maßnahmen kann der Ausgangspunkt für die **Schaffung grüner Leitmärkte** für klimafreundliche Industrieprodukte sein. Zusammen mit anderen Regulierungs- und Finanzinstrumenten wie Standards, Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference, CCfD), CO<sub>2</sub>-Preisen und Grenzausgleichsmechanismen können sich die G7-Märkte zu Leitmärkten für grüne Industrieprodukte entwickeln, die globale Standards setzen.<sup>18</sup>

#### 4. Handelskonflikte über Klimamaßnahmen eindämmen

Durch eine grüne Industriepolitik können sich möglicherweise Handelskonflikte verschärfen. Es ist politisch legitim und möglicherweise notwendig, die Dekarbonisierung der Industrie mit einer Agenda zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie zu verbinden, die heimische industrielle Basis zu stärken und eine technologische Führungsrolle anzustreben, auch durch Subventionen für klimafreundliche Technologien. Diese Maßnahmen können jedoch auch als schlichter Protektionismus mit grünem Anstrich wahrgenommen werden. In Anbetracht der bereits bestehenden Spannungen in den Handelsbeziehungen ist es wichtig, dass sich die G7-Staaten einig sind, dass eine grüne Industriepolitik und Transparenz über ebendiese notwendig sind.

Mit folgenden zwei Maßnahmen können die G7-Staaten die Diskussion über grünen

<sup>16</sup> <https://www.unido.org/news/worlds-largest-steel-and-concrete-buyers-make-game-changing-push-greener-solutions>

<sup>17</sup> IEA, „Net Zero by 2050“, IEA, 2021. 186, <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>

<sup>18</sup> Gökce Mete und Oliver Johnson, „Creating Lead Markets for Green Industrial Products“, LeadIT, 2020, <https://www.industrytransition.org/insights/creating-lead-markets-for-green-industrial-products/>.

Protektionismus eindämmen: Erstens sollten ihre Fördermaßnahmen offen für Investoren und Produzenten aus dem Ausland sein – von Investitionen in grüne Leitmärkte für klimafreundliche Industrieprodukte bis hin zur Investitionsförderung für klimafreundliche Produktionsanlagen. Zweitens sollte die nationale Industriepolitik in die Klima- und Handelsdiplomatie eingebunden werden, z. B. im Rahmen der strukturierten Gespräche der WTO über Handel und ökologische Nachhaltigkeit. Die G7 sollte im Hinblick auf die Ziele, die Grundsätze und die akzeptablen Mittel für eine grüne Industriepolitik einen Konsens erzielen, der dann in die Diskussionen einfließt. **Zu diesem Zweck kann die G7 die OECD beauftragen**, Kriterien und eine Definition von „grünen“ Subventionen auszuarbeiten, die eine rationalere Diskussion über Handelsfragen ermöglichen.

Letztendlich könnte eine Einigung unter den G7-Staaten in Form einer „Friedensklausele“ für handelsbezogene Klimamaßnahmen erzielt werden. Dies würde bedeuten, dass sich die G7-Staaten darauf einigen, eine bestimmte Frist abzuwarten, bevor sie nationale Maßnahmen wie Subventionen für saubere Technologien anfechten, oder dass sie von Gegenmaßnahmen absehen, sofern die Maßnahmen transparent sind und mit den vereinbarten Grundsätzen für eine grüne Industriepolitik übereinstimmen.

## 5. Maßnahmen über die G7 hinaus erweitern

**Globale Probleme erfordern globale Lösungen:** Die G7-Länder sollten andere Länder unterstützen, indem sie ihre Entwicklungshilfen erhöhen und auf die Dekarbonisierung der Industrie ausrichten. Die G7 kann bei der Verbreitung sauberer Technologien nicht allein auf die Märkte

setzen. Gemäß den internationalen Verpflichtungen zur Aufstockung der Klimafinanzierung sollten sich die G7-Staaten zu umfangreicherer internationaler Finanzierung verpflichten, um die industrielle Basis in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu dekarbonisieren bzw. eine fossil-intensive Industrie von vornherein nicht entstehen zu lassen.

Dies kann und sollte über öffentliche Entwicklungshilfe geschehen: Multilaterale Entwicklungsbanken sind entscheidend, um Finanzmittel in Projekte zur Transformation der Industrie in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu kanalisieren. Zum Klima-Investitionsfonds der Weltbank gehört beispielsweise ein spezielles Programm zur Dekarbonisierung der Industrie, das von den Gebern aufgestockt werden muss.<sup>19</sup> Ein weiteres wichtiges Instrument für die Förderung der Dekarbonisierung der Industrie in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist die bilaterale Entwicklungshilfe, die auf klimaneutrale Entwicklungspfade ausgerichtet sein sollte. Zuletzt sollten die G7-Länder nach dem Modell des „Just Energy Transition Partnership“<sup>20</sup> mit Südafrika ihre Bemühungen vorantreiben, Vereinbarungen mit Drittländern auszuhandeln, die Finanzmittel und Investitionen sowie den Zugang zu grünen Technologien im Gegenzug für ehrgeizige Anstrengungen für die Transformation der Industrie umfassen.

Die Maßnahmen müssen mit anderen multilateralen Prozessen wie den UNFCCC-, den G20- und den WTO-Verhandlungen abgestimmt sein. Für G7-Initiativen sind enge Verbindungen zu bestehenden multilateralen Arbeitsgruppen wichtig. Das trifft insbesondere auf Initiativen für die industrielle Transformation zu. Dazu gehört Engagement in der „Leadership Group for Industry Transition“ sowie bei den Bemühungen der „Industrial Deep Decarbonisation

<sup>19</sup> <https://www.climateinvestmentfunds.org/cif-programs>; Timo Gerres et al., „Green Steel Production: How G7 Countries Can Help Change the Global Landscape“, LeadIT, 2021,

<https://www.industrytransition.org/insights/g7-green-steel-production/>.

<sup>20</sup> <https://ukcop26.org/political-declaration-on-the-just-energy-transition-in-south-africa/>

Initiative“ (IDDI) des Clean Energy Ministerial. Außerdem muss die G7 wichtige Wachstumsmärkte wie Indien oder Brasilien aktiv mit einbinden. Die G7 bietet daher einen wichtigen Test- und

Koordinierungsraum für Maßnahmen auf G20-Ebene. Letztendlich sollte das Ziel darin bestehen, multilaterale Prozesse zu fördern und auszuweiten, nicht sie zu untergraben.

## IMPRESSUM

### Kontakt

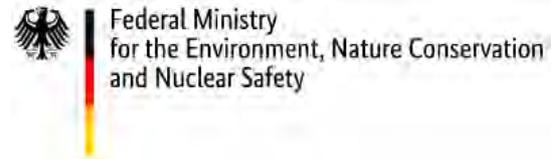
Leon Martini  
Junior Researcher  
Ecologic Institut  
Pfalzburger Straße 43/44  
10717 Berlin

E-Mail: [leon.martini@ecologic.eu](mailto:leon.martini@ecologic.eu)

### Danksagung

Wir danken Jennifer Tollmann, Jule Köneke, Domien Vangenechten, Sarah Jackson (jeweils E3G-Mitarbeitende), Ulrike Hinz, Lisa-Maria Okken (WWF), Anthony Cox (Ecologic Institute) sowie den Teilnehmenden am zweiten Klimaexpertendialog, der am 17. Januar 2022 stattfand, für Ihre konstruktiven Anmerkungen und ihr Feedback.

**Dieses Projekt wird finanziell unterstützt von:**



Der Herausgeber ist für den Inhalt dieser Veröffentlichung verantwortlich.